

# MICHAEL SCHUMANN

## Der Rechtsextremismus und die Gegenwartsgesellschaft

### I

Sebastian Haffner hatte der verbreiteten Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Entwicklungen wie die, die schließlich den Weg für Hitler freimachten, nach menschlichem Ermessen für die Bundesrepublik ausgeschlossen sind. Der große Unterschied zwischen Bonn und Weimar sei der, daß es eine staatsablehnende Rechte, die die Weimarer Republik zerstörte, in der Bundesrepublik nicht gebe, es sei denn als marginale Erscheinung. Die politische Rechte hatte sich – ein Resultat auch ihrer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte – demokratisiert. Und Ausdruck dessen war dann die Gründung der CDU, das heißt also, der Fusion des katholischen Zentrums mit den früheren nicht nazistischen Rechtsparteien der Weimarer Republik.

Diese, durch die blutige Erfahrung mit dem Nationalsozialismus geprägte Entwicklung verband sich in der Geschichte der Bundesrepublik mit der Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens, nach Habermas die intellektuelle Leistung in der Nachkriegszeit der alten Bundesrepublik. Wechselwirkende Demokratisierung und Internationalisierung, so die Diktion, schienen die Bundesrepublik gegen Autoritarismus und Nationalismus immunisiert zu haben. Rechtsextremistische und nationalistische politische Formationen und Meinungsströme blieben randständige Erscheinungen. Und daß der Rechtsextremismus in Deutschland zu einer wirklichen Bedrohung der Demokratie ausufern könnte, das schien undenkbar. Er blieb über Jahrzehnte bis heute für die parlamentarischen politischen Kräfteverhältnisse unerheblich, ein marginaler Faktor der Politik, als eigenständige politische Strömung jedenfalls, ohne Einfluß, zumindest auf die Staatspolitik. Und wenn ich mich entsinne an die ersten parlamentarischen Debatten, die wir zu diesem Thema geführt haben, auch hier im Landtag Brandenburg, so war es doch so, daß noch vor wenigen Jahren, noch vor kurzer Zeit jeder, der den Rechtsextremismus samt seinen widerlichen Ingredienzien wie Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, für mehr erklärt hat als ein kleines, besonders häßliches Geschwür am gesunden Körper der Demokratie, gewissermaßen denunziert wurde der nestbeschmutzenden Übertreibung und der verantwortungslosen Panikmache. Das war noch bis vor kurzer Zeit der Tenor nicht weniger parlamentarischer Debatten, auch in diesem Land.

Nun aber, auf der großen ermutigenden Demonstration am geschichtsträchtigen 9. November in Berlin, stellt Paul Spiegel die



Michael Schumann – 1946-2000, Philosoph, Prof. Dr., war seit 1990 Mitglied des Landtages Brandenburg, innenpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, 1989 bis 2000 Mitglied des Bundesvorstandes der PDS und Vorsitzender des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.  
Foto: Arlett Mattescheck

Vortrag, gehalten auf der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 18. November 2000 in Frankfurt/Oder.

Frage: »Wollen Sie eines Tages von Glatzköpfen und deren Vordenkern regiert werden?« Und da stellt sich natürlich die Frage: Ist die optimistische Prognose Haffners obsolet geworden? Ist das ernst gemeint? Ist die Beschwörung der Perspektive einer neuen braunen Machtergreifung, die man aus den Worten Spiegels nehmen kann, ist die realitätshaltig? Oder ist sie nur eine, wenn auch natürlich verständliche, Überreaktion jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich längst nicht mehr nur latentem, sondern offen gewalttätigem Antisemitismus ausgesetzt sehen?

Sicher, von der Etablierung rechtsextremistischer Parteien als Wahlparteien, als politische Faktoren mit institutionellem Einfluß auf Verfassungsorgane und Gesetzgebung, kann man auf der Bundesebene überhaupt nicht und in den Ländern vielleicht ansatzweise in Baden-Württemberg und Bremen reden. Und die Tatsache, daß die DVU in zwei ostdeutschen Ländern bei Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde übersprang, diese Tatsache ist gewiß gravierend, aber sie rechtfertigt noch nicht die Annahme, sie hätte sich damit in Ostdeutschland als Wahlpartei auf Dauer etabliert.

Aber selbstverständlich können solche Befunde nicht beruhigen. Auch die NSDAP startete als parlamentarischer Außenseiter. Und das rechtsextremistische Einstellungspotential in der Bevölkerung ist, wie wir wissen, weit größer, als es die mangelnde parlamentarische Repräsentanz des Rechtsextremismus vermuten läßt. Die alltagskulturelle Verankerung dieser Einstellungen, das verbreitete fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiment, die Entwicklung rechtsextremistischer Subkulturen und bedrohlicher Gewaltpotentiale mit Ansätzen eines politischen Terrorismus – das alles sind Faktoren, die dieses Land zu verändern im Begriffe sind, die längst die Lebensqualität vieler Menschen – und bei weitem nicht nur der Angehörigen von ethischen, religiösen und sonstigen Minderheiten – extrem beeinträchtigen, die die politische Kultur dieses Landes und selbstverständlich auch sein Ansehen in der Welt schwer beschädigen.

Und ob solche Faktoren und Entwicklungen nicht eines Tages doch – wenn nicht energisch gegengesteuert wird – in Wählerentscheidungen und politisch-institutionelle Qualitäten umschlagen – wer will das ausschließen? Deswegen hatte Paul Spiegel recht, als er sagte: »Wir dürfen bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus nicht innehalten. Denn es geht nicht allein um uns Juden, um Türken, um Schwarze, um Obdachlose, um Schwule. Es geht in der Tat um diese Land, es geht um die Zukunft jedes einzelnen Menschen in dieses Land.«

## II

Bei der Frage nach den Ursachen geht es um die Frage nach dem Zustand unserer Gesellschaft. »Was läuft in unserer Gesellschaft falsch?« fragt der Bundespräsident, und er setzt das Phänomen des Rechtsextremismus und seine gesellschaftliche Wirkung zu Recht mit den grundlegenden sozialen Problemlagen der Gegenwart in Verbindung. Das schließt natürlich historische Bezugspunkte und Erklärungsaspekte nicht aus. Aber es handelt sich nicht um ein Wiederaufleben von Gespenstern der Vergangenheit. Der Resonanzboden

für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entsteht auf dem Boden der gesellschaftlichen Verhältnisse von hier und heute. Sie sind gekennzeichnet von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen, deren Subjekte riesige wirtschaftliche Machtgruppierungen sind. Ihre beherrschende Stellung wird durch die Selbstbeschränkung einer neoliberalen Weltbildern verpflichteten Politik noch gestärkt. Und die Folge ist, daß moderne Entwicklungserfordernisse und daraus resultierende Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen von immer mehr Menschen als nicht mehr zu bewältigende Zumutungen empfunden werden. Vielen Menschen erscheint diese Gesellschaft heute als ein anonymes System, das ihre elementaren Bedürfnisse nach existentieller Sicherheit und stabilen Orientierungsmustern ignoriert. Am Staat und an der offiziellen Politik registrieren sie die Unfähigkeit oder den mangelnden Willen, die Konflikthaftigkeit ihrer sozialen Existenz in menschlich zumutbaren Grenzen zu halten. Der Resonanzboden für den Rechtsextremismus entsteht insofern als Reaktion auf ein konkret-historisches gesellschaftliches und politisches Regulierungsdefizit. Es geht um diesen Grundzusammenhang, der die gesellschaftliche Entwicklung der Gegenwart prägt und der eine umfassende gesellschaftspolitische Kurskorrektur erfordert, und nicht lediglich um das Versagen einzelner gesellschaftlicher und politischer Institutionen wie Familie, Schule oder Polizei. Diese bleiben die Sündenböcke einer Politik, die es aufgegeben hat, wirtschaftliche und soziale Basisprozesse nach den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu gestalten. Rechtsextremismus und Nationalsozialismus sind Revolten gegen die gesellschafts- und gemeinschaftszerstörenden Tendenzen kapitalistischer Modernisierung, aber ohne jede echte Widerstandspotenz. Sie sind konformistische Rebellionen. Sie besitzen keine emanzipatorischen Antriebe, sondern sie »mobilisieren« durch den Appell an ein nationales oder völkisches »Seinsgeschick«.

Es handelt sich um eine Rebellion aus Fügsamkeit, um eine Rebellion aus Fügsamkeit in ein vermeintliches rassisches oder völkisches »Schicksal«. Und diese Haltung der Fügsamkeit korrespondiert mit den hegemonialen Geisteshaltungen und Mentalitäten des totalen Kapitalismus wie des gewesenen Staatssozialismus. Im Staatssozialismus hatte sich die aufklärerisch-emanzipatorische Idee des »Bewußt-Geschichte-Machens« in eine neue Fügsamkeit gegenüber dem »großen Plan« und seinen Institutionen (vor allem der Partei) verwandelt. Die gegenauklärerischen Voraussetzungen des Staatssozialismus haben mit denen des totalen Kapitalismus eine gemeinsame Substanz: »Die alte Vision des gescheiterten Staatssozialismus«, so schreibt Jürgen Habermas, »trifft sich mit der neoliberalen Vision einer Freisetzung des einzelnen aus dem liquidierten Zusammenhang der staatlichen Solidargemeinschaft in die freie Wildbahn des unregulierten Weltmarktes in einer Hintergrundannahme: Beide geben die Vorstellung einer demokratischen Selbststeuerung komplexer Gesellschaften auf.« Ich glaube, daß die Hegemonie strukturell antiemanzipatorischer und antidemokratischer Geisteshaltungen und Mentalitäten keine Barriere gegen die Verankerung rechtsextremistischer und nationalistischer Ideen im öffentlichen Bewußtsein ist.

Ich sehe, soviel zum Schluß, zwei Grundaufgaben, die voneinander nicht zu trennen sind: den Kampf um eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und den Kampf für eine demokratische politische Kultur, in der emanzipatorische Ziele und Werte die Hegemonie der Fügsamkeit – sei es in angemäßte »historische Missionen« oder global-kapitalistische »Sachzwänge« – brechen. Das ist vielleicht der wichtigste Beitrag, um den gesellschaftlichen Resonanzboden für die gewalttätigen Ideologien der Fügsamkeit in ein rassisches oder völkisches »Schicksal« zu zerstören.

**Wir haben einen Freund verloren**

# **Michael Schumann**

**1946 – 2000**

**Förderverein  
Konkrete Utopien**

**Redaktion  
UTOPIE kreativ**

**Berlin, im Dezember 2000**